



Gewerbezeitung, 9. August 2013

Die Vorsorge entstaatlichen

Von Pierre Bessard *

Die künftige Gestaltung der AHV-Finanzierung ist wieder Gegenstand politischer Absichten und Reformpläne. Zu Recht, denn das staatliche Umlageverfahren der Altersvorsorge ist eine wahre Herausforderung für das 21. Jahrhundert und stellt eine Zeitbombe nicht nur für die jungen Generationen, sondern auch für die Erwerbsbevölkerung dar. Neben den bekannten demographischen Gegebenheiten stellt sich allerdings immer mehr die Frage, wie zeitgemäss eine kollektivistisch konstruierte, auf der Ideologie der Nachkriegszeit basierte Sozialversicherung noch ist.

Um die von der Unbeweglichkeit des Systems erwarteten Defizite einzudämmen, hat der Bundesrat bisher Massnahmen eingeleitet, die als Flickwerk bezeichnet werden müssen. Es handelt sich nicht um tatsächliche Reformen, sondern um nachgelagerte Anpassungen, die von zusätzlichen Zugeständnissen im Bereich der Frührente geschmückt und konterkariert werden. Unter dem Strich bleibt eine Flucht in die weitere Erhöhung der Steuerbelastung. Mit allen nachteiligen Folgen für verfügbare Einkommen, Wirtschaftswachstum und Wohlstand.

Übersehen wird vor allem auch, dass es sich bei der Gestaltung der Pensionierung um eine sehr individuelle Herausforderung handelt. Jeder Bürger hat für sich zu entscheiden, über welche Risikotoleranz er verfügt, auf welche Art er für das Alter sparen will, ob er länger arbeiten will, um damit komfortabler leben zu können, ob er in seine Ausbildung investieren oder ein eigenes Unternehmen gründen will. In einer offenen, hoch diversifizierten und auf globaler Arbeitsteilung beruhenden Gesellschaft gibt es kaum eine andere Lösung für die Sicherung der Altersvorsorge als die Wiederherstellung der individuellen Wahl- und Planungsfreiheit.

Aufgrund der Mängel des heutigen Systems wäre mehr individuelle Kapitalisierung das Grundprinzip einer Altersvorsorge mit Zukunft. Vor allem sichert die auf individuellen Sparkonten beruhende Kapitalisierung ein echtes Eigentumsrecht. Das zurückgelegte Kapital gehört dem Sparer und kann übergeben werden, im Unterschied zu Lohnabzügen und Steuern, die in der Regel sofort verwehen. Ausserdem wäre das Rentenalter bilateral zwischen Arbeitnehmer und -geber bestimmt und die damit verbundenen Renten versicherungsmathematisch, nicht politisch festgesetzt. Dies würde wertvolle Ressourcen befreien, die heute in politischen Leerläufen versickern.

Die Kapitalisierung ist dem Umlagesystem auch ethisch überlegen, da die Leistungen nicht zu Lasten anderer, künftiger Generationen ausbezahlt werden. Die Kapitalisierung stärkt die Gleichheit vor dem Gesetz, nicht nur, weil die Eigentumsrechte

der Sparer respektiert werden, sondern auch weil die Rente hier in Vereinbarung mit den Arbeits- und Sparanstrengungen desjenigen steht, der sie auch in Anspruch nimmt. Dies schliesst keinesfalls aus, dass subsidiäre Hilfe für die wenigen organisiert wird, die mit Eigenverantwortung nicht auskommen.

Mehr individuelle Kapitalisierung würde notwendigerweise zu höheren Renten als bisher führen. Die Kapitalakkumulation hätte zuerst eine positive Wirkung auf das Wirtschaftswachstum und damit auf die Steigerung der Einkommen. Es ist auch wahrscheinlich, dass zahlreiche Personen die Wahl treffen würden, das Erwerbsleben später zu verlassen, was mehr Wohlstand für sie selbst und andere schaffen und den Lebensstandard der ganzen Gesellschaft erhöhen würde.

Die höhere Lebenserwartung ist eine segensreiche Entwicklung der Zivilisation, die neue Horizonte für alle Menschen eröffnet. Zu einem Problem wird die Demographie nur durch die Unbeweglichkeit eines realitätsfernen, kollektivistischen Rentensystems, das für die Zeiten des Fließbands à la Charlie Chaplin konzipiert wurde. Mehr individuelle Kapitalisierung bietet demgegenüber einen überzeugenden und gangbaren Ausweg aus einer finanziellen Sackgasse und schafft nicht zuletzt auch Gerechtigkeit gegenüber den jungen Generationen. Gerade in der versicherungs- und finanztechnisch fortschrittlichen Schweiz sollte dies intensiver diskutiert werden.

** Direktor und Mitglied des Stiftungsrates des Liberalen Instituts.*